

Berlin boomt

Und kämpft dennoch mit seinen finanziellen Defiziten

MAXIMILIAN WEINGARTNER

Geboren 1984 in Berlin,
Redakteur für Wirtschaftspolitik,
„Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Berlin ist eine der beliebtesten Städte der Welt. Seit Jahren strömen viele Dutzend Millionen Touristen in die deutsche Hauptstadt. Ältere Gäste aus Spanien, Italien, England und den

Vereinigten Staaten besuchen während eines Wochenendtrips etwa die Museumsinsel und trinken Kaffee am Gendarmenmarkt oder am Kurfürstendamm. Jüngere essen Pizza am Prenzlauer Berg, nehmen einen Drink in einer Bar in Mitte und feiern in der weltberühmten Diskothek Berghain, bis sie erschöpft, aber glücklich Hotelzimmer oder Ferienwohnung aufsuchen.

Der Spruch des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD), Berlin sei „arm, aber sexy“, ist über zehn Jahre alt – und gilt immer noch. Dass die Hauptstadt attraktiv ist, zeigen die Tourismusströme. Berlin

ist allerdings wirtschaftlich noch immer eine geteilte Stadt: Die Wirtschaft wächst überdurchschnittlich, der Schuldenberg bleibt gigantisch. Es werden Arbeitsplätze geschaffen, aber mehrheitlich nicht für Berliner, die Zahl der Hartz-IV-Empfänger ist weiterhin hoch. Die Start-up-Branche boomt, verzweifelt aber wie die übrige Wirtschaft an der langsamen und bürokratischen Verwaltung. Die Steuereinnahmen steigen, dennoch erhält die Hauptstadt immer noch den größten Anteil des Länderfinanzausgleichs.

TOURISMUS-WACHSTUM

Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer (CDU) nannte kürzlich vor allem den Tourismus als Berliner Wachstumsbranche und sagte, dass dabei noch viel Luft noch oben sei. Seit einiger Zeit wird aber auch die Frage diskutiert: Wie viel Tourismus verträgt Berlin? Das Statistische Landesamt zählte im Jahr 2015 mehr als dreißig Millionen Übernachtungen von Besuchern aus der ganzen Welt. Die Politikerin kann sich in den nächsten Jahren auch 35 Millionen Gäste vorstellen, denn in den vergangenen fünf Jahren sind die Zahlen um zehn Millionen von 20,8 auf dreißig Millionen Übernachtungen gestiegen. Der Anteil der Übernachtungen deutscher Gäste ist mit knapp 55 Prozent am höchsten. Aber auch die Zahl der Gäste aus dem Ausland nimmt kontinuierlich zu. Sie haben mit ihren Berlin-Aufenthalten einen großen Anteil an den gestiegenen Zahlen: rund 45 Prozent. Auf die in Deutschland reisenden Touristen insgesamt kommt lediglich ein Anteil von 17,8 Prozent von Besuchern aus dem Ausland. Siebzig Prozent der ausländischen Gäste in Berlin sind Europäer, mit 1,5 Millionen die meisten von ihnen aus Großbritannien. So weit, so gut.

Eine aktuelle Erhebung von „Visit Berlin“ für das Jahr 2014 belegt die Bedeutung der Branche für die Stadt: Durch einen Bruttoumsatz von 10,6 Milliarden Euro im Berlin-Tourismus entstanden 2014 Steuereinnahmen für Bund und Land in Höhe von 1,91 Milliarden Euro. Etwa 240.500 Personen leben in Berlin vom Tourismus. Das wirkt sich auch auf die Wirtschaftskraft aus: Der Tourismus inklusive Gastgewerbe hatte im Jahr 2015 einen Anteil von rund sieben Prozent am Berliner Bruttoinlandsprodukt.

Die Mehrzahl der Berliner freut sich, dass die Stadt inzwischen auch für Besucher attraktiv ist. 88 Prozent, das zeigt eine Umfrage von „Visit Berlin“, heißen Touristen willkommen. Fast alle Parteien unterstützen den Tourismus; es kommen aber auch kritische Stimmen dazu. In Kreuzberg-Friedrichshain, wo sich in den vergangenen Jahren eine Art Party-Tourismus entwickelte, ist die Akzeptanz geringer: 67 Prozent. Dort haben sich in mehreren Kiezen Anwohner zusammengeschlossen, weil ihnen die Auswirkungen der großen Beliebtheit ihres Bezirks bei jungen Menschen aus aller Welt über den Kopf wachsen. Dabei geht es um nächtliche Ruhestörung, gestiegene

Kriminalität, vermehrten Drogenhandel, Verwahrlosung und Vermüllung in ihrem Kiez. Ein Großteil der Berlin-Besucher seien Kongressgäste; sie seien hochwillkommen und würden nicht als störend empfunden, sagt Wirtschaftssenatorin Yzer dazu. Den „Auswüchsen“ der Partytouristen müsse man allerdings entgegentreten, findet Yzer, notfalls sogar mit einem Alkoholverbot auf bestimmten Straßen.

START-UP-SPITZENREITER

Die Investitionsbank Berlin (IBB) verweist auf eine weitere Quelle des Wachstums: Berlin habe sich „zum wichtigsten deutschen Zentrum für die digitale Wirtschaft entwickelt“, teilte sie kürzlich mit. Nach IBB-Angaben war die digitale Wirtschaft 2013 Arbeitgeber für rund 59.000 Beschäftigte. Seit dem Jahr 2008 seien in diesem Bereich sogar fast 18.000 neue Arbeitsplätze hinzugekommen. Zudem ist Berlin die Hochburg für Start-ups in Deutschland. Mit Rocket Internet und Zalando sind zwei große Unternehmen an die Börse gegangen. In der Tat scheint die deutsche Hauptstadt *die* Kreativmetropole in Europa zu sein. Kapitalgeber haben im vergangenen Jahr 2,1 Milliarden Euro in Berliner Start-ups investiert – damit belegt Berlin die Spitzenreiterposition in Europa. Die Zusammenarbeit von Industrie und Start-up-Szene kann eine wichtige Zutat für das Erfolgsrezept werden: Zahlreiche große Industrieunternehmen haben in Berlin Geschäftszweige eröffnet, um ihre Unternehmen aus der deutschen Hauptstadt heraus ins digitale Zeitalter zu führen. Berlin hat beste Voraussetzungen, sich zur führenden Gründermetropole in Europa zu entwickeln. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey. Bis zum Jahr 2020 könnten in Berlin über 100.000 neue Arbeitsplätze durch Start-ups entstehen. Mit der Digitalisierung der Industrie sind qualifizierte Fachkräfte und digitales Know-how entscheidende Faktoren für die Wahl des Produktionsstandortes geworden.

Dass viele junge Menschen entweder als Touristen oder als Arbeitnehmer nach Berlin kommen, macht sich auch positiv auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar, der jahrelang das Sorgenkind schlechthin war. Die Arbeitslosenquote sinkt kontinuierlich, liegt mit aktuell 10,4 Prozent nach Angaben der Agentur für Arbeit jedoch immer noch fast doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt von 6,4 Prozent. Dass die Hauptstadt im Vergleich zu anderen Regionen auch in Ostdeutschland relativ schlecht dasteht, hat viele Gründe. Im Osten der Stadt verschwanden nach der Wende kaputte, von der DDR finanzierte Staatsunternehmen. Im Westen liefen die Subventionen für Unternehmen aus, die sich in Westberlin engagierten und nun plötzlich nicht mehr konkurrenzfähig waren. Aber es gibt Hoffnung: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im vergangenen Jahr abermals deutlich auf fast 1,4 Millionen gestiegen, das sind 100.000 mehr als vor drei Jahren.

Ein Grund dafür ist: Neben dem Tourismus betreibt die Stadt auch eine neue Industrie- und Ansiedlungspolitik, die die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der Stadt mit Wirtschaftsunternehmen verbindet. Technologiestandorte wie Adlershof, Buch oder Marzahn sind entstanden. Hier setzen Berliner Unternehmen auf innovative Produkte statt auf billige Massenproduktion, wodurch zugleich Arbeitsplätze für wissensintensive Dienstleistungen entstehen. Zugleich strömen kontinuierlich neue Unternehmen, Gründer, Arbeitnehmer und Studenten in die Stadt, um an der Entwicklung teilzuhaben.

Allerdings profitiert nur die Minderheit der Einwohner der Hauptstadt von diesem Aufschwung. Die meisten Unternehmen finden neue Mitarbeiter nicht in Berlin, sondern in anderen Regionen. Jürgen Allerkamp von der IBB sagt zwar: „Mehr als jeder dritte der neuen Jobs geht auch an einen Arbeitslosen aus Berlin.“ Vor zehn Jahren seien in Berlin noch 326.000 Arbeitslose registriert. Heute seien es rund 186.000 Arbeitslose, was einen nahezu fünfzigprozentigen Rückgang um 140.000 bedeute. Im gleichen Zeitraum wurden mehr als 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das heißt: Von den mehr als 300.000 neuen Jobs gingen 140.000 an bisher arbeitslose Berliner. Der Umkehrschluss des Satzes von Allerkamp zeigt aber auch, dass zwei Drittel der Stellen an Nicht-Berliner ging. „Wir haben natürlich noch immer zu viele Arbeitslose in Berlin“, sagt Allerkamp. Grund sei der relativ schlechte Ausbildungsstand vieler Arbeitsuchender in der Hauptstadt. Zwar hätten die Arbeitsagenturen das Problem erkannt und würden mittlerweile eine Menge Geld in Weiterbildungsmaßnahmen für Geringqualifizierte investieren. Diese Programme seien erfolgreich, die Unternehmen würden allmählich erkennen, dass Menschen, die ein solches Programm durchliefen, viel Potenzial hätten. „Doch leider gibt es in Berlin auch einen großen Sockel an Unterqualifizierten, die keinen Job mehr finden werden, egal, wie stark die Wirtschaft wächst“, so Allerkamp. Dabei entstehen in vielen Branchen neue Arbeitsplätze; allerdings erfordern diese ein gewisses Mindestmaß an Qualifikation. Vor allem im Maschinenbau, im Dienstleistungssektor und in jungen Unternehmen aus den Bereichen Informationstechnologie und Elektrotechnik sind viele neue Stellen zu besetzen. „Das ist ein Indiz dafür, dass zahlreiche Neugründungen der letzten Jahre erfolgreich verlaufen sind“, sagt auch Creditreform-Präsident Christian Wolfram.

FINANZAUSGLEICHSZAHLUNGEN AUF REKORDNIVEAU

Aufgrund der sich zwar verbessernden, aber immer noch nicht rosigen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist Berlin auf Finanzspritzen von außerhalb angewiesen. Arbeitslose und Geringverdiener zahlen keine oder kaum Steuern, kosten im Gegenteil sogar viel Geld. Berlin sitzt auf einem Schuldenberg von 59 Milliarden Euro. Rein rechnerisch steht jeder Berliner damit mit etwa 17.500 Euro

im Minus. Zum Vergleich: Im Durchschnitt sind die übrigen Länder nur mit 9.400 Euro pro Kopf verschuldet. Noch nie wurde im Rahmen des Länderfinanzausgleichs so viel Geld unter den Bundesländern umverteilt wie im Jahr 2015. Unter den Empfängerländern lag dabei erneut die Hauptstadt an der Spitze. Im vergangenen Jahr überwiesen die Geberländer über diesen Umverteilungstopf nach aktuellen Zahlen des Bundesfinanzministeriums 9,595 Milliarden Euro an die finanzschwachen Nehmer. Dies ist ein Plus von rund 600 Millionen Euro gegenüber 2014. Mit Abstand größter Zahler bleibt Bayern. Der Freistaat steuerte nach Angaben aus dem aktuellen Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums mit rund 5,45 Milliarden Euro weit mehr als die Hälfte bei. Weitere Geberländer sind Baden-Württemberg (gut 2,31 Milliarden Euro), Hessen (1,72 Milliarden) und Hamburg (112 Millionen Euro). Größter Profiteur war abermals Berlin. Die Hauptstadt erhielt gut 3,61 Milliarden Euro Ausgleichszahlungen – auch dies ist ein Rekordwert. Im Vorjahr waren es noch 3,49 Milliarden Euro gewesen, also eine Steigerung um gut 100 Millionen Euro. Der seit Jahren umstrittene Finanzausgleich regelt die Verteilung der Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen und muss bis 2019 neu gefasst werden, weil dann der Solidarpakt ausläuft. Eine bis März angestrebte Lösung verzögert sich weiter.

Erstmals hat Berlin aber bei der Steuerkraft das einwohnerstärkste Bundesland Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr hinter sich gelassen. Das ergibt sich aus den vorläufigen Berechnungen zum Länderfinanzausgleich für das Jahr 2015. Berlin kommt nach der Auflistung bei der Steuerkraft auf einen Wert von 97,2 Prozent des Länderdurchschnitts je Einwohner. Nordrhein-Westfalen dagegen liegt bei 96,8 Prozent. Berlin steht mittlerweile bei der Steuerkraft auf dem fünften Platz im Länderranking. Im Jahr 2014 war es noch Platz sieben.